



Beschluss

vom 10. Januar 2006

Nr. 1383

Postulat

Postulat FDP-Fraktion: Zukunftsperspektiven des städtischen Haushaltes; Frage der Erheblicherklärung

Die Direktion Inneres und Finanzen berichtet:

Christoph Solenthaler im Namen der FDP-Fraktion und 29 Mitunterzeichnende reichten am 13. Dezember 2005 ein Postulat betreffend die Zukunftsperspektiven des städtischen Haushaltes ein (vgl. Beilage).

Der Stadtrat nimmt zur Frage der Erheblicherklärung wie folgt Stellung:

1. Es trifft zu, dass derzeit auf kantonaler Ebene einige Entscheide anhängig sind, welche die Finanzen und damit indirekt die gesamte städtische Politik stark beeinflussen werden. Dies gilt insbesondere für die angekündigte Steuergesetzrevision, aber auch für das Finanzausgleichsgesetz und für den Entscheid über ein allfälliges Referendum betreffend die Verteilung der Goldmillionen der Nationalbank. Im Zeitpunkt der Erstellung der Legislaturziele waren diese Vorlagen z.T. noch unbekannt bzw. nur in Umrissen erkennbar. Obwohl über den Stand der Legislaturziele normalerweise im Rahmen des Geschäftsberichtes berichtet wird, erachtet der Stadtrat in diesem besonderen Fall und angesichts der Bedeutung dieser geänderten Rahmenbedingungen eine besondere Berichterstattung als angezeigt.

2. Der Stadtrat legt jedoch Wert darauf, bereits im heutigen Zeitpunkt einige Formulierungen im Postulatstext zu kommentieren.

Im Postulatstext wird ausgeführt, dass „der Stadtrat die in seiner Kompetenz liegenden Möglichkeiten aufzeigt, um seine Legislaturziele zu erreichen.“ Gleichzeitig wird eine Stabilisierung der Verschuldungslage verlangt. Damit wird indirekt gesagt, der Stadtrat habe als Legislaturziel eine Stabilisierung der Verschuldung in Aussicht gestellt. Dies trifft so nicht zu. In den Legislaturzielen (Ziffer 12.2) wird ausgeführt, dass die „relative Schuldenlast (Verschuldung in Steuerprozenten) möglichst stabil gehalten oder nur kontrolliert erhöht werden



soll. Konkret bedeutet dies, dass die Verschuldung höchstens um jährlich 15 bis 20 Millionen zunehmen darf.“ Dieses Ziel konnte im Budget 2006 bekanntlich erreicht werden. Von einer absoluten Stabilisierung der Verschuldung ist in den Legislaturzielen nicht die Rede.

Im Postulatstext wird auch ausgeführt, dass ein Massnahmenplan vorgelegt werden soll, welcher eine Steuersenkung im Rahmen der Legislaturziele ermöglichen soll. Dabei könne nicht auf den Kanton, den Bund oder auf die Goldreserven gewartet werden. Auch diese Aussagen stimmen nicht mit den Legislaturzielen überein. In den Legislaturzielen (Ziffer 12.4) wird vielmehr darauf hingewiesen, dass eine Steuerfussenkung nur im Zusammenhang mit dem neuen Finanzausgleich realistisch ist. Es wird wörtlich ausgeführt, „dass über den Weg des innerkantonalen Finanzausgleichs möglichst rasch eine Entlastung des städtischen Haushaltes herbeigeführt werden kann“.

Mit dem ursprünglichen Postulatstext wird ein Massnahmenpaket verlangt, welches eine Stabilisierung der Verschuldung und eine Steuerfussenkung aus eigener Kraft ermöglichen soll. Diese Ziele widersprechen wie erwähnt den Legislaturzielen, und der Stadtrat ist nicht bereit, auf diesem Weg eine Neuformulierung der Legislaturziele vorzunehmen. Angesichts der bekannten Probleme bei der Finanzierung der Investitionen ist ein derartiges Ziel auch unrealistisch. Hingegen gehört es zur Führungsaufgabe des Stadtrates, im Rahmen der konkretisierten Planungen die Sachziele den finanziellen Mitteln anzupassen. Ein entsprechender Auftrag findet sich ebenfalls in den Legislaturzielen (Ziffer 12.5), wo ausgeführt wird, dass „es durchaus sein kann, dass auch an sich erwünschte Legislaturziele aus finanziellen Gründen zurückgestellt werden müssen.“

Deshalb erachtet der Stadtrat das vorliegende Postulat – in Übereinstimmung mit den mündlichen Ausführungen des Postulanten anlässlich der Budgetdebatte - nicht als Auftrag zur Ausarbeitung eines „Sparpaketes.“ Hingegen sollen, sobald die Ausgangslage auf kantonaler Ebene geklärt ist, die Auswirkungen auf den städtischen Haushalt analysiert und darnach unter Würdigung aller Bestimmungsgrössen die für die Stadt nachhaltigste Strategie verfolgt werden. Verschuldungsentwicklung und Steuerfuss sind dabei wichtige, aber nicht die einzigen Parameter – ebenso wichtig sind das Leistungsangebot und die Attraktivität der Stadt als Zentrum der Ostschweiz.

Im Übrigen wird der Stadtrat bereits auf das Budget 2007 zu reagieren haben. In welcher Weise, kann heute noch nicht im Detail gesagt werden.



3. Der Stadtrat empfiehlt bei dieser Sachlage, das Postulat mit nachfolgendem, geändertem Wortlaut **erheblich** zu erklären:

„Der Stadtrat wird eingeladen, im Hinblick auf das Budget 2008 Bericht zu erstatten über die zu erwartenden Auswirkungen finanzpolitischer Entscheide auf kantonaler Ebene (Finanzausgleich, Steuergesetzrevision) und darzulegen, wie die in den Legislaturzielen genannten Leistungs- und Finanzziele unter den neuen Gegebenheiten erreicht werden können oder ob und in welchem Umfang diese angepasst werden müssen.“

Information über die Stellungnahme des Stadtrates gemäss Art. 67 Geschäftsreglement Stadtparlament:

Aufgrund der sich abzeichnenden Änderungen der finanzpolitischen Rahmenbedingungen auf kantonaler Ebene stimmt der Stadtrat einer Erheblicherklärung des Postulates in der folgenden, geänderten Formulierung zu:

„Der Stadtrat wird eingeladen, im Hinblick auf das Budget 2008 Bericht zu erstatten über die zu erwartenden Auswirkungen finanzpolitischer Entscheide auf kantonaler Ebene (Finanzausgleich, Steuergesetzrevision) und darzulegen, wie die in den Legislaturzielen genannten Leistungs- und Finanzziele unter den neuen Gegebenheiten erreicht werden können oder ob und in welchem Umfang diese angepasst werden müssen.“

Auf Antrag der Direktion Inneres und Finanzen beschliesst der Stadtrat:

1. Den vorstehenden Ausführungen wird zugestimmt.
2. Der Stadtpräsident wird beauftragt, in diesem Sinne im Stadtparlament Stellung zu nehmen.

Beilage:
Postulat der FDP-Fraktion vom 13. Dezember 2005

Protokollauszug:
Direktion Inneres und Finanzen (3)

